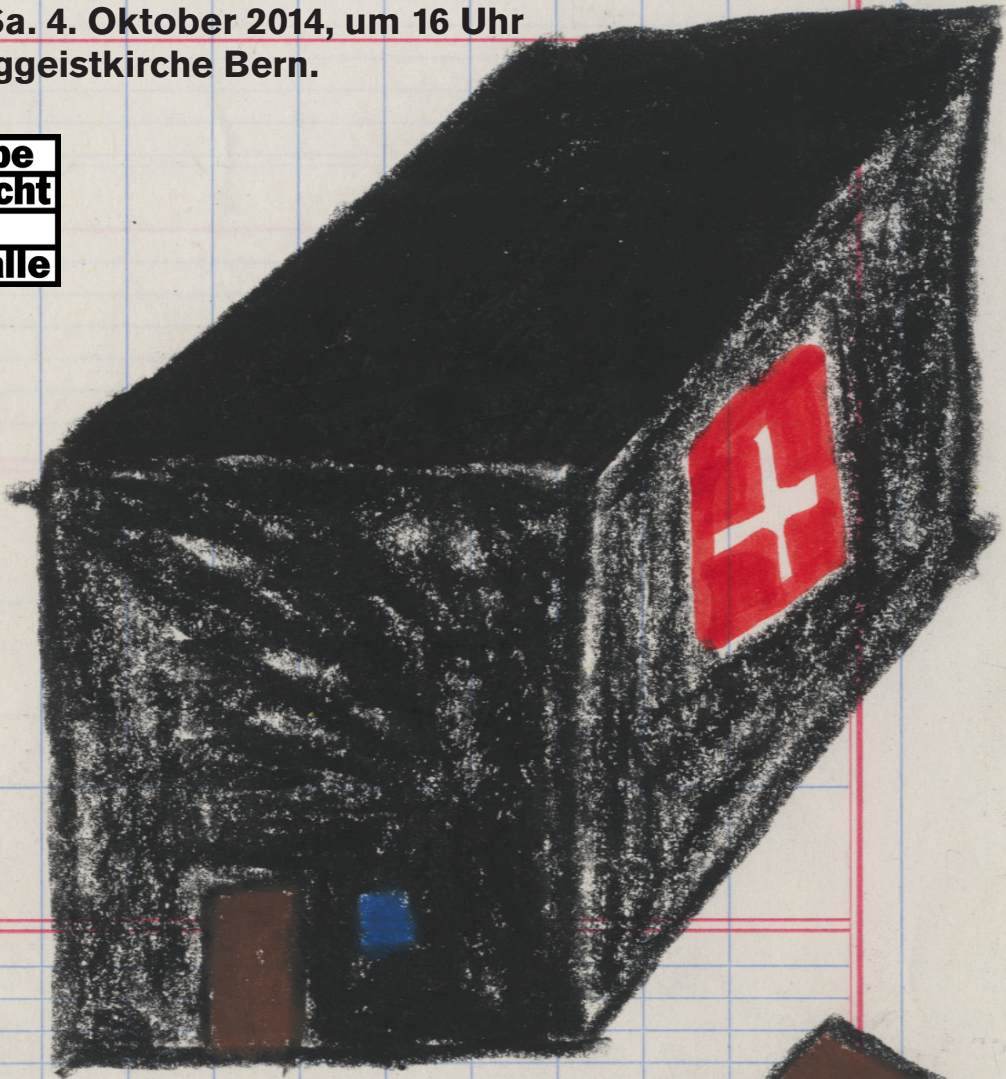


«Ich bin Antirassist_in, weil...»

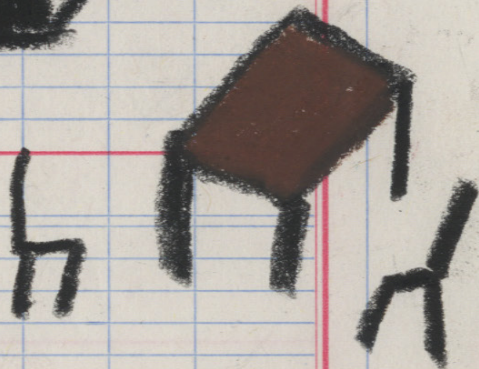
Demonstration gegen Rassismus
und Nationalismus.

Am Sa. 4. Oktober 2014, um 16 Uhr
Heiliggeistkirche Bern.

bleibe
recht
für
alle



Im Rahmen der antirassistischen Kampagne
„Ich bin kein Rassist, aber...“ vom Bündnis
Alle gegen Rechts. Inhaltlicher Beitrag vom
Bleiberecht-Kollektiv Bern zum Thema Hoch-
feldbunker (Bern).



Der Hochfeldbunker wurde anfangs 2012 befristet als Asylunterkunft eröffnet. Seither gab es Widerstand von einem breit abgestützten „Komitee gegen Asylbusiness und Fremdenhetze“, welches die Schliessung des Bunkers forderte und die ORS AG als gewinnorientierte Betreiberin kritisierte. Auch der europäische Marsch der Sans-Papiers solidarisierte sich mit den Asylsuchenden im Bunker. Diese organisierten sich selbst. In einer Pressekonferenz erhoben sie ihre Stimme und forderte eine menschenwürdige Alternative. Der Matratzen-Streik der Asylsuchenden wurde mit grosser Polizei-Repression aufgehalten. In der Folge gab es mehrere Störaktionen von Bleiberecht Bern und der OJOs bei der Stadtregierung. Mittlerweile wurden Frauen und Kinder in andere Unterkünfte transferiert, die Asylsuchenden bekommen (wenig) Geld, sie können selber kochen, etc. Nichtsdestotrotz steht der Hochfeldbunker noch und die ORS AG macht weiterhin Profit damit. Mit den folgenden drei Statements über den Hochfeldbunker zeigen wir auf, dass sich rassistische Strukturen in den Köpfen normalisieren, und dass der antirassistische Kampf zwingend weitergeführt werden muss.

Statement #1 **«Den Leuten geht es vermutlich besser als in ihren Herkunftsländern.»** Eine Grossrätin nach einmaligem Kurzbesuch im Hochfeldbunker Bern.

Mit dieser Aussage fällt die zitierte Grossrätin den Asylsuchenden im Hochfeldbunker in den Rücken. Denn diese hatten sich zu diesem Zeitpunkt organisiert und gegen die soziale Ausgrenzung durch die menschenunwürdige Unterbringung im Bunker gewehrt: Kein selbstbestimmtes Leben, keine Privatsphäre und Brandmarkung als zweitklassige Menschen. Mit ihrer Aussage sagt die Grossrätin, dass für Ausländer_innen diese Art von Unterbringung in Ordnung sei. Ihre Lebensbedingungen hier sollen nicht am Reichtum der Schweiz gemessen werden, sondern an der Armut bzw. am Konflikt in ihren Herkunftsländern. Die Fragen nach den Zusammenhängen des Reichtums hier und der Armut/Konflikt dort werden grundsätzlich ausgeblendet. Menschen können sich nicht aussuchen, wo und in welche Bedingungen sie geboren werden. Eine Politik, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft ausgrenzt und entmündigt, hat einen Namen: Rassismus.

Statement #2 **«Die Asylsuchenden sollen dankbar sein, dass sie überhaupt eine Unterkunft erhalten.»** Einer der häufigen Online-Kommentare zu Zeitungsartikeln zum Hochfeldbunker.

Die Migrationspolitik spaltet Menschen in zwei Kategorien: Schweizer_innen und Ausländer_innen. Wenn Ausländer_innen Widerstand leisten, wie im Fall der Asylsuchenden im Hochfeldbunker, werden diese als undankbar hingestellt. Die Forderung nach Dankbarkeit ist der Ausdruck einer Hierarchie zwischen den Menschen, die vermeintlich den Dank schulden (Ausländer_innen), und derjenigen Gesellschaft, der den Dank geschuldet wird. Letztere erscheint als gönnerhaft, während es die Asylsuchende in eine Position der Unterwürfigkeit zwingen will. Die Beziehung ist ähnlich der eines Kolonialherrn zu seinen Kolonialiserten, eines Sklavenhalters zu seinen Sklaven oder des Arbeitgebers zu den Arbeitnehmenden. Es besteht ein Abhängigkeitsverhältnis. Die Kategorisierung und Hierarchisierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft hat einen Namen: Rassismus.

Statement #3 **«Besser Hochfeldbunker als eine Unterkunft abgelegen in den Bergen.»** Häufige Aussage von oftmals linken Politiker_innen in der Stadt Bern.

Aufgrund der rassistischen Lagerpolitik im Kanton Bern befürchten linke Politiker_innen der Stadt Bern, dass bei Schliessung des Hochfeldbunkers die Menschen noch schlechter und fern ab von urbanen Zentren untergebracht werden. Diese Politiker_innen haben die rassistischen Strukturen schon so fest verinnerlicht, dass sie diese als Argument nehmen, um den Hochfeldbunker zu legitimieren. Ein Grossteil der Linken kapituliert vor der Realpolitik und akzeptiert den Bunker im Sinne des geringeren Übels. Sie bekräftigt und reproduziert damit rassistische Strukturen. Stattdessen könnte es gerade die Aufgabe von linken Politiker_innen sein, sich tiefer mit dem Protest und den beteiligten Gruppen (Asylsuchende, Aktivist_innen, etc.) auseinanderzusetzen. Um daraus folgend eine Alternative zur rassistischen Lagerpolitik des Kantons Bern zu finden. Die Schlechter-Behandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft hat einen Namen: Rassismus.